

# Rieser Tageblatt



und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Telegraphen-Adresse  
„Tageblatt“, Riesa.

Amtsblatt

Bezahlungsstelle  
Nr. 20.

der Königl. Amtshauptmannschaft Großenhain, des Königl. Amtsgerichts und des Stadtraths zu Riesa.

Nr. 95.

Mittwoch, 26. April 1893, Abends.

46. Jahrg.

Das Rieser Tageblatt erscheint jeden Tag Abends mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Vierteljährlicher Bezugspreis bei Abholung in den Expeditionen in Riesa und Strecha, den Ausgabestellen, sowie am Schalter der Postanstalten 1 Mark 25 Pf., durch die Träger frei ins Haus 1 Mark 50 Pf., durch den Briefträger frei ins Haus 1 Mark 65 Pf. Anzeigenannahme für die Nummer des Ausgabestages bis Vormittag 9 Uhr ohne Gewähr.

Druck und Verlag von Langer & Winterlich in Riesa. — Geschäftsstelle: Kastanienstraße 59. — Für die Redaction verantwortlich: Herr Schmidt in Riesa.

Das unterzeichnete Königl. Amtsgericht hat heute auf Fol. 142 des Handelsregisters für seinen Bezirk, die Firma **König & Teichmann**, Baumeister in **Strecha** betr., verlautbart, daß

Herr **Wilhelm Moritz König**  
in **Strecha**

als Mitinhaber der Firma ausgeschieden ist.  
Riesa, am 25. April 1893.

Königliches Amtsgericht.  
J. A.: Ass. **Dehm**, S.-R.

## Bekanntmachung.

Für den IV. hiesigen Stadtbezirk, umfassend das Centrum der Stadt von der Niederlagsstraße und Pausgestraße, einschließlich dieser beiden Straßen, bis zur Wilhelmstraße und

deren Verlängerung, ausschließlich dieser Straßen, ist am 22. dieses Monats Herr Privatier **Ernst Nicolai** hierseits als **Bezirksvorsteher** in Pflicht genommen worden.  
Riesa, am 24. April 1893.

Der Stadtrath.  
Röhrer.

## Bekanntmachung.

Die **Einkommensteuer** auf den 1. Termin dieses Jahres wird den 30. dieses Monats fällig und ist mit der Hälfte des Jahresbetrags baldigst, längstens aber bis zum

15. Mai dieses Jahres

an die hiesige Stadtsteuereinnahme abzuführen.  
Riesa, am 25. April 1893.

Der Stadtrath.  
J. A.: **Lange**.

## Vom Reichstag.

Eine sühnlich bewegte Sitzung hatte der Reichstag gestern aus Anlaß der Verhandlung über die Ahlwardt-Acten. Der Abg. Ahlwardt erhielt alsbald das Wort zur Darstellung der Dinge, welche er beweisen will. Derselbe führte aus: „Bezüglich des Invalidenfonds besitze ich keine Akten, welche vorgängige Verhandlungen mit den Börsenkräften erweisen. (Unruhe und Zurufe.) Die Presse hat meine Behauptungen vielfach verdreht. Ich werde beweisen, daß Bleichröder und Hansmann unter der Mitwirkung des damaligen Directors Miquel das deutsche Volk um viele Hundert Millionen geschädigt haben. Die bezüglichen Akten habe ich von entlassenen Angestellten der Diskontogesellschaft.“ Abg. Ahlwardt behauptete, daß Miquel als Direktor der Diskontogesellschaft auch für eigene Rechnung Geschäfte gemacht habe und citirt eine Anzahl von bekannten verunglückten Gründungen, mit denen er Miquel in Verbindung bringt. Es sei ihm nur um das Wohl des deutschen Volkes zu thun, er sei weit entfernt davon, einen Mann anzugreifen. (Schallendes Gelächter.) Mein Wille ist nur der, Schäden aufzudecken. (Rufe: Jawohl!) Abg. Ahlwardt: Herr Richter ruft ja wohl, obwohl er als Direktor der Judenschuhtruppe 20000 Mark bezieht. (Stürmische Heiterkeit.) Ich werde noch andere Namen nennen. (Rufe: Alles Lüge und Verleumdung; ein vägnar sind Sie värm.) Ich bitte Sie, meinen Antrag anzunehmen und den Abg. Vidensack in die Kommission zu wählen. Minister Miquel erklärte: Wenn es sich nur um Ahlwardt handelte, würde er nicht antworten. Da aber Ahlwardt die Ehre hat, ein Vertreter der deutschen Nation zu sein, so muß ich im Interesse der öffentlichen Moral seine unwahren Behauptungen entschieden zurückweisen. (Bravo!) Ich werde sehen, ob dieser Gato außerhalb des Hauses den Muth hat, gleiches zu behaupten. Dann würde er bald den Herren Joachim und Gehlsen nachfolgen. Der Minister legte ausführlich die Verhältnisse der rumänischen Eisenbahnen dar. Er führte aus, daß die Diskontogesellschaft und Bleichröder Geld verloren. Das damit bedrohte deutsche Kapital wurde aber durch das Eingreifen der Bankhäuser gerettet. (Hört!) Er habe selbst mit den von Ahlwardt erwähnten Darlehen aus Reichsmitteln gar nichts zu thun. Ahlwardt müsse das wissen; er werde es beweisen. Wo bleibt da die honestas? Ahlwardts Helfershelfer habe mit den gestohlenen Akten 10 Jahre gewartet, bis der Diebstahl verjährt und sich dann in aller Welt herumgetrieben. Mit solchen Venten sich zu beschäftigen, erzeuge moralischen Ekel. (Stürmische Zustimmung.) Er werde fortan jeden solchen Verleumder unerbittlich verfolgen, gleichgiltig, ob er ein Plagiator sei oder die Verleumdungen selbst erfinde. (Stürmischer Beifall.) Schatzsecretär von Malzahn konstatierte, daß Ahlwardt selbst zugegeben habe, seine Akten über den Invalidenfonds zu besitzen. Der Fonds habe nicht Aktien, sondern garantierte Prioritäten, und zwar Hannover-Altenbefener erworben und daran nicht verloren, sondern gewonnen. Die Akten Ahlwardts können nichts beweisen, da bei der Verwaltung des Reiches alles ordnungsmäßig zugegangen ist. Minister Miquel folgert aus den systematisch gegen ihn erhobenen Verleumdungen, daß man es da nicht mit dem Antisemitismus, sondern nur mit Personen zu thun habe. (Beifall.) Abg. v. Bennigsen erklärte offen und bestimmt, er habe zu keiner Zeit und in keiner Form irgend welche Grindervorteile bei der Hannover-Altenbefener Bahn erhalten; er hoffe,

das Haus werde diesen Verleumdungen gegenüber den allgemeinen Verdächtigungen Glauben schenken. (Lebhafter Beifall.) Abg. Richter erklärte, Ahlwardt habe erst, auf der Flucht von ihm gedrängt, jene Behauptungen aufgestellt, über die heute verhandelt wird. Ueber den Invalidenfonds hat er gar nichts von seinen Behauptungen aufrecht erhalten. In Betreff der rumänischen Eisenbahnen liegt keinerlei öffentliches Interesse vor. Ahlwardt zog aus gegen die Juden und kam dahin, sich für Stroußberg ins Zeug zu legen. (Gelächter.) Ahlwardt habe nicht einmal jene Akten gesehen, die allen zugänglich seien. (Zustimmung.) Alles heute vorgebrachte konnte man schon gestern für 20 Pfennige Entree von Ahlwardt in den Germania-Sälen hören. (Beifall und Heiterkeit.) Die Kommission dürste die Sache nicht dilatatorisch behandeln lassen. Die Kommission habe die Aufgabe, diesen Menschen ein für allemal vor dem Reichstag und vor der Öffentlichkeit unmöglich zu machen und dem moralischen Ekel Ausdruck zu geben, einem Empfinden, in welchem alle anständigen Menschen mit der Regierung übereinstimmen. (Lebhafter allgemeiner Beifall.) Abg. Richter erklärte, die Behauptung Ahlwardts, er hätte sich für 20000 Mark an die Judenschuhtruppe verkauft, sei eine infame gewissenlose Lüge, eine schamlose Verleumdung. (Bewegung.) Der Präsident erklärte diese Ausdrücke für unhaltbar. Abg. Dornowig erinnerte daran, daß Ahlwardt vor Gericht für einen gewerksmäßigen Schrahschneider erklärt worden sei; ein Polyp in der Nase mache ihm jedes klare Denken unmöglich (lebhafter Heiterkeit), wie ein Phylaxiatattest bezeuge. (Heiterkeit.) Abg. Ahlwardt bedauert, daß die Akten den Mitgliedern des Hauses zugänglich gemacht worden seien. Vicepräsident Graf Ballestrem: In dem Augenblicke, wo die Akten auf dem Bureau des Hauses niedergelegt waren, sind sie Eigenthum des Hauses geworden. Abg. Ahlwardt fortsetzend: er werde sehen, ob es gelinge, ihn unschädlich zu machen. Er wolle nicht die Erklärung des Abg. v. Bennigsen, daß er kein Geld erhalten habe, antasten, wohl aber wisse er, daß die Eisenbahnen einen großen Umweg gemacht haben nach dem Gute des Abg. Bennigsen. (Stürmische Unterbrechung, Rufe: Schuft! Herunter! hinaus! Die Unterbrechung wiederholte sich minutenlang.) Schließlich betont Abg. Ahlwardt: Ich kämpfe für ideale Zwecke, ich weiß, daß ich das Gute erstrebe; in diesem Bewußtsein trete ich mit gutem Gewissen der Öffentlichkeit gegenüber. Präsident v. Levekov: Der Abg. Ahlwardt hat wiederholte Privatgespräche mit mir in die Debatte gezogen; zukünftig werde ich nur noch vor Zeugen mit ihm verhandeln. Minister Miquel erklärte: In dem Gehlsen-Prozess hat der Richter selbst gesagt, daß 8 Prozent noch ein sehr mäßiger Prozentsatz für das übernommene Risiko war. Staatssecretär v. Malzahn konstatierte nochmals, daß die zum dritten Male von Ahlwardt vorgebrachte Behauptung, bei der Gründung des Invalidenfonds hätten Verhandlungen hinter den Koulissen stattgefunden, vollständig erfunden sei. Abg. Bennigsen: Der Umweg der Hannover-Altenbefener Bahn erklärt sich aus der Umgehung des Gebirgsstammes, da sonst ein kostspieliger Tunnel hätte gebaut werden müssen. Von drei verschiedenen Unternehmern wurde der Umweg aus diesem Grunde für notwendig gehalten. Abg. Lieber (Zentrum): Die Kommission wird den Angegriffenen Gelegenheit geben, sich glänzend zu rechtfertigen, dann werden alle besonnenen rechtlichen Kreise Deutschlands von Ahlwardt denken: Häufen Sie nur das Maß Ihrer Verleumdungen, Sie werden das

Maß unserer Berachtung erreichen. (Beifall.) Abg. von Mantouffel erklärte, er werde erst dann dem Antrage zustimmen, wenn Ahlwardt erklärte, daß er alle Akten vorgelegt habe. Abg. Ahlwardt erklärt, allerdings seien augenblicklich einige Akten im Rückstande (schallendes Gelächter), im Augenblicke des Zusammentretens der Kommission würden jedoch die gesammten Akten in den Händen der Kommission sein. Darauf wurde der Antrag Ahlwardt angenommen.

## Tagesgeschichte.

**Deutsches Reich.** Der „Reichsanz.“ meldet: „Se. M. der Kaiser haben dem Cardinal-Staatssecretär Rampolla den Schwarzen Adler-Orden verliehen. Heute (Dienstag) Mittag 12 Uhr wurde der Staatssecretär des Auswärtigen Amtes Freiherr Marschall von Bieberstein in besonderer Audienz von dem Kaiser empfangen.“

In parlamentarischen Kreisen ist man, wie die „B. Vbr.“ schreibt, auf die Entwicklung der Dinge im freistimmigen Lager lebhaft gespannt. Eugen Richter wolle den Abg. Hünje aus der Fraktion ausschließen, weil dieser sich in Betreff der Militärvorlage zu einem weiten Entgegenkommen bestimmt finde.

Heute, Mittwoch, tritt der Heeresauschuss nochmals zusammen zur Berathung des Gesetzentwurfs über die Ersatzvertheilung. Der Gesetzentwurf, welcher die Rekruten nach Maßgabe der tauglich Befundenen anstatt wie bisher nach Maßgabe der Bevölkerung auf die einzelnen Ersatzbezirke vertheilt, ist unabhängig von dem Schicksal der Militärvorlage.

Dem Cardinal Ledochowski in Rom zu Theil gewordene ungewöhnliche Auszeichnungen veranlassen die „Böf. Ztg.“ zu nachstehenden Bemerkungen: „Die deutsche Nation wird sich angesichts dieser Auszeichnung erinnern, daß Graf Ledochowski es war, der im November 1870 im Hauptquartier von Versailles das Verlangen stellte, die Regierung, an deren Spitze damals Bismarck stand, solle zu Gunsten der weltlichen Herrschaft des Papstes einschreiten, daß er die Leitung der ultramontanen und nationalpolitischen Bewegung übernehme, daß er den heftigsten Kampf gegen die Staatsgewalt führe und in herausfordernder Ueberhebung die Rechtsgültigkeit staatlicher Gesetze bestritt. Graf Ledochowski ist deshalb zu hohen Geld- und Gefängnißstrafen verurtheilt worden. Er wurde am 3. Februar 1874 verhaftet, um zu Ostrowo eine zweijährige Gefängnißstrafe abzudienen. Am 15. April 1874 wurde er vom Königl. Gerichtshof für kirchliche Angelegenheiten seines Amtes entsetzt. Der Wandel der Zeit kann nicht schärfer gekennzeichnet werden, als durch die Thatfache, daß der ultramontane Freiherr von Frankenstein nach seinem Tode amtlich als ein Mann von echt nationaler Gesinnung gefeiert, Windthorst förmlich als ein wahrer Vater des Vaterlandes gepriesen und jetzt Cardinal Ledochowski durch eine kostbare Dose mit dem Bildnisse des Kaisers ausgezeichnet werden konnte. Aber der Wandel ist nicht auf Seite der Ultramontanen. Graf Ledochowski ist von seinen früheren Anschauungen nicht um Haars Breite gewichen. Die Beobachtung dieser augenfälligen Vorgänge kann nur jeder Opposition zur Aufmunterung gereichen.“

Das „Militärwochenblatt“ vom Dienstag Abend tritt in einem langen Artikel noch einmal für die Militärvorlage ein. Das Blatt betont ferner, es sei nicht nur sein gutes Recht, sondern seine Pflicht, zu der Vorlage Stellung zu